

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Nummer 10 Pf. Die Wochenblätter sind ebenfalls 10 Pf. zu haben. In der Regel werden die Abonnements zu Jahresbeginn abgeschlossen. Die Preise sind in der Regel für den Postbezirk Dresden und Umgebung. Für den Fernverkehr sind die Preise entsprechend zu erhöhen. Die Anzeigenpreise sind in der Rubrik "Anzeigen" zu finden. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich.



Angewandte Kunst, Architektur, Technik, Wissenschaften, Medizin, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Post, Telephon, Fernsprecher, Amt Wilsdruff Nr. 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 138 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: "Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 17. Juni 1933

Im Dienste der Arbeitsbeschaffung.

Neue Mittel für Kleinwohnungen — Mehr Instandsetzungsarbeiten durch die Hausbesitzer — Drei Fünftel des Handwerks leben vom Hausbesitz — Arbeitsbeschaffung durch Steuerpolitik.

Das Wochenende stand im Zeichen zweier großer Tagungen, die über die Fachberatungen hinaus allgemeines Interesse haben: In Frankfurt a. M. fand sich das deutsche Handwerk zum Reichshandwerkertag zusammen. In der Reichshauptstadt wurde der 28. Deutsche Mietertag abgehalten. Beiden Betanstellungen liegt ein gemeinsamer Gedanke zugrunde: Arbeitsbeschaffung; denn gerade durch den Wohnungsbau sollen zahlreichen deutschen Menschen, nicht zuletzt aus dem Handwerk, neue Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden. Im Rahmen der neuen Reichsmittel, die die Reichsregierung für Siedlungen und Wohnungsbau bereitgestellt hat, finden sich sieben Millionen Mark für die Weiterführung von Kleinsiedlungen. Darüber hinaus ergibt sich in der nächsten Zeit in allen deutschen Gauen durch Plakate an den Anschlagtafeln die Aufforderung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine an die deutschen Hausbesitzer, in diesem Sommer durch vermehrte Vergebung von Instandsetzungsaufträgen, soweit es in ihren wirtschaftlichen Kräften liegt, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitzuhelfen. Mit dieser Maßnahme stellt sich der deutsche Haus- und Grundbesitz gemeinsam mit dem Reichsstand des deutschen Handwerks aufs neue in den Dienst der vom Führer angeordneten Arbeitsbeschaffung.

Gerade für das Handwerk liegen in den Instandsetzungsarbeiten noch gewaltige Reserven der Arbeitsbeschaffung bereit. Wie groß die Möglichkeiten sind, hat sich deutlich im Winter 1932/33 gezeigt, in dem mit Hilfe von Reichszuschüssen derartige Arbeiten vorgenommen wurden, die dem brachliegenden deutschen Handwerk großzügige Aufträge beschafften. Außerdem ist es erforderlich, daß das deutsche Handwerk dauernd und in regelmäßigem Umfang mit Instandsetzungsaufträgen des Hausbesitzes versehen wird, da etwa drei Fünftel des Handwerks nur durch die Aufträge der Hausbesitzer Lohn und Brot erhalten. Diese Tatsache gab auf der Frankfurter Tagung Anlaß zur eingehenden Besprechung, und sie wird in der nächsten Zeit in dem eingangs erwähnten Plakatfeldzug noch einmal zum Ausdruck gebracht werden.

Darüber hinaus aber muß der Wohnungsbaufrage vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn es das Ziel des Nationalsozialismus ist, jeder Familie eine gesunde Wohnung zur Verfügung zu stellen, so heißt das nicht mehr und nicht weniger, als weit intensiver als bisher sich der Schaffung von Wohnungen zuzuwenden. Nicht die Mietskasernen der Zukunftsstraßen, sondern das kleine Einfamilienhaus, die Kleinsiedlung, die auch dem Städtler Gelegenheit gibt, ein naturverbundeneres Leben zu führen, „zu werden“, so führte der Führer und Reichskanzler bei seinem Regierungsantritt aus, „die deutsche Familie in den festen Schutz des Staates nehmen“, und dieses Wort steht als ragender Wegweiser nach den Ausführungen des Bundesführers Hermann auf dem 28. Deutschen Mietertag in der Reichshauptstadt über den ganzen Kapitel Wohnungsbau. Durch das Wohnungsgesetz der Nachkriegszeit fehlen nach Ansicht fachmännischer Kreise heute in Deutschland 14,5 Millionen Jugendliche und Kinder, die nicht geboren werden konnten, weil es am notwendigen Lebens- und Wohnungsraum für sie fehlte. Mit Rücksicht auf die Nachwuchsfrage ist daher das Ziel gesetzt worden, bis 1940 3,4 Millionen Wohnungen neu zu schaffen. Unter diesen Wohnungen wird, den Erfordernissen der Zeit entsprechend, der größte Teil Kleinwohnungen sein, die vor allem notwendig sind für die jungen Ehepaare, die, großenteils mit Ehebedarfen ausgestattet, nicht die Möglichkeit zur Unterhaltung größerer Wohnungen haben. Mit Hilfe des Reiches werden der städtische Wohnungsbau und die Kleinsiedlung ganz besonders gefördert werden. Durch sparsame Bauausführung und äußerste Begrenzung der Unkosten soll mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine möglichst gesunde zweifelhafte Wohnung erstellt werden. Alle an der Wohnsiedlung interessierten Wirtschaftskreise haben sich zur tatkräftigen Unterstützung dieses großen Aufbauwerkes bereit erklärt. So will die Industrie besonders die Werkstoffherstellung fördern. Die Städte werden, soweit es ihnen finanziell möglich ist, sich an dem Wohnungsbauprogramm beteiligen, indem sie Wohnungen erstellen, die sich vor allem durch niedrigen Mietsfuß und trotzdem gesunde, hygienische Bauweise auszeichnen werden.

Völlig neue Wege ging der Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Hatte der Liberalismus seinen anderen Ausweg gesehen, als immer wieder die Steuerkrabe aufs neue anzuziehen, so ging der Nationalsozialismus trotz erster augenblicklicher finanzieller Einbußen vom Grundgedanken aus, durch Lockerung

Der Ehrentag des deutschen Handwerks.

Die alte Reichsstadt Frankfurt im Festkleid — Viele Tausende nehmen aus dem ganzen Reich teil.

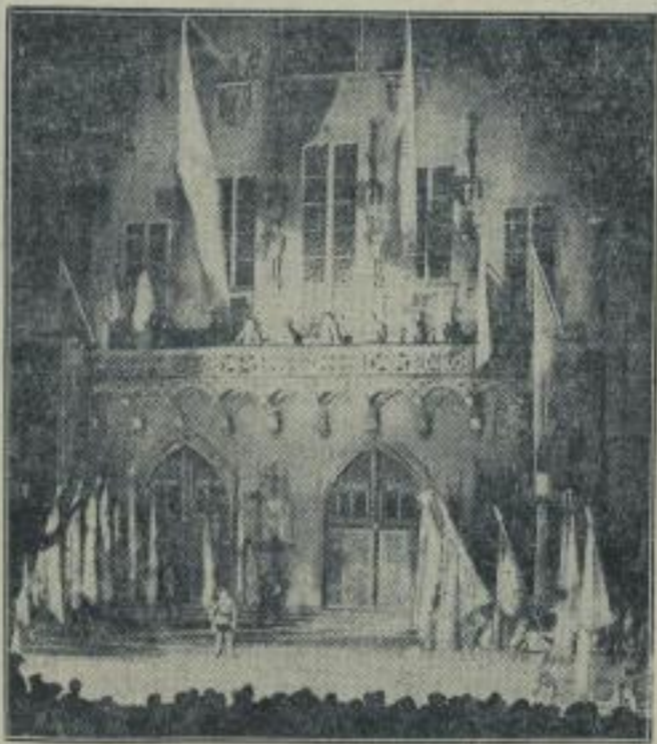
Die alte Reichsstadt Frankfurt a. M. stand am Sonntag im Zeichen des Reichshandwerkertags. Fahnen und Girlanden gaben der Stadt ein festliches Gepräge. Weit über 100 000 Teilnehmer aus allen Gauen des Reiches waren in Sonderzügen angereist, um gemeinsam den Ehrentag des deutschen Handwerks zu begehen.

Den Auftakt zum Reichshandwerkertag bildeten die Römerbergfestspiele. Wallensteins Lager und Piccolomini zogen in einer künstlerisch geschlossenen Aufzucht vor der mittelalterlichen Fassade des Römers vorüber. Die Einzigartigkeit des Schauplatzes wurde allen Teilnehmern zum tiefen Erlebnis. Am Sonnabend tagten die Kommissionen der Innungen und die Obermeister, und die Verbände erledigten ihre interne Arbeit. Am Nachmittag wurden die Teilnehmer an der Handwerkerzweigtage — Meister und Gesellen — offiziell begrüßt, und abends fanden auf allen Plätzen der Stadt die Handwerkerfestspiele und Tänze statt. Da sah man den alten Schäfflermarkt, das Zimmererflatschen, den Tanz der Wasserwaden, den historischen Schwertertanz und das verböhmische Buchdrucker-Gauschen.

Der Reichshandwerkmeister Schmidt legte vor ihm und ausländischen Pressevertretern die Ziele und Aufgaben des deutschen Handwerks dar. Er betonte, daß es sich bei dem Reichshandwerkertag nicht um eine demonstrative Zusammenkunft von 250 000 Menschen der verschiedenen Handwerkszweige handele, sondern der Handwerkertag 1935 sei

die Wende in der Handwerkerpolitik der letzten 120 Jahre.

Jetzt beginne die aktive Wirtschaftspolitik des deutschen Handwerks. Das Handwerk werde eine Säule im nationalsozialistischen Fundament der deutschen Wirtschaft werden. Wie es auf der einen Seite in Deutschland niemals ein Handwerk ohne Nationalsozia-



(Rechtsbild — M.) Das Römerberg-Festspiel, das den Auftakt zu dem Reichshandwerkertag bildete.

ler Steuerkrabe die Steuerpolitik zu gefunden. In den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit spannte sie auch die Steuerpolitik ein. Zuerst wurde am 10. April 1933 die Steuerfreiheit für neu zugelassene Kraftfahrzeuge erklärt. Gewiß zunächst ein Ausfall für die Staatskassen! Aber der Ausfall an Kraftfahrzeug-Steuererträgen wurde im Laufe der Zeit durch die mit der Beschäftigungsförderung der Automobilindustrie, einer Schlüsselindustrie ersten Ranges, organisch wachsenden Erträge aus Einkommen-, Lohn-, Umsatzsteuer usw. mehr als wettgemacht. Auf der gleichen Linie bewegte sich die Einführung der Absteuermöglichkeit für die Steuer älterer Kraftfahrzeuge durch Gesetz vom 31. Mai 1933, die dem Reich aus der einmaligen Abfuhrsumme beträchtliche Mittel für Zwecke des Straßenbaues bereitstellte. Wirtschaftsbereichend wirkte

demis geben könne, so sei umgekehrt auch eine nationalsozialistische Wirtschaft nicht möglich ohne das deutsche Handwerk. So verhanden, dokumentiere der Reichshandwerkertag auf der einen Seite den Leistungswillen, und auf der anderen Seite den Gemeinschaftsgeist.

Eine Rede Dr. Schacht.

Im prächtig geschmückten Haus der Technik auf dem Festhallengelände versammelten sich Handwerkerabteilungen aus dem ganzen Reich, die Truppen der Partei und des Staates sowie eine große Zahl von Ehrengästen zu einer erhabenden Feierstunde. Reichshandwerkmeister Schmidt begrüßte die Festteilnehmer, insbesondere den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Leh, und den Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Er erteilte dann dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht das Wort, der unter dem Jubel der Tausende mitteilte, daß er im Auftrage des Führers und Reichskanzlers gekommen sei, der es unendlich bedauere, daß es ihm nicht vergönnt sei, seine ursprüngliche Absicht auszuführen, zu dieser Festwoche der Handwerker zu erscheinen.

Ich begrüße diese Tagung als die erste große Heerschau des deutschen Handwerks und freue mich, daß ich diese Größe und Würde aussprechen kann in Frankfurt am Main, das schon im Jahre 1848 den überhaupt ersten Handwerkertag gesehen hat.

Das ganze Handwerk soll es sein.

Meister, Geselle und Lehrling müssen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschweißt werden, auf der die Zukunft des deutschen Handwerks sich aufbauen kann. Diese Arbeitsgemeinschaft, gegründet auf der Selbstachtung von einem zum anderen und nicht traditionellen Standes- und Klassenunterschieden, soll alles zusammenfassen. Diese nationalsozialistische Grundauffassung ist es gewesen, die mich mit dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Leh, zusammengeführt hat, um eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft nicht nur im Handwerk, sondern in der ganzen deutschen Wirtschaft zu schaffen. Das ist der Sinn des Abkommens, das ich mit dem Führer der Deutschen Arbeitsfront getroffen habe.

Wenn wir im besonderen vom Handwerk sprechen, so ist noch eines zu sagen: Das Handwerk ist kein Stand und keine Klasse für sich. Auch das Handwerk wird im Dritten Reich nur gedeihen, wenn es sich mit den übrigen Ständen verbunden fühlt. Wenn ich für Ihr Recht kämpfe, so verlange ich von Ihnen Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit.

Nachdem Dr. Schacht seine Ausführungen beendet hatte, verlas Reichshandwerkmeister Schmidt unter unbeschreiblichem Jubel ein

Telegramm des Führers an den Reichshandwerkmeister.

Darin heißt es: „Den in Frankfurt zu festlicher Kundgebung versammelten Handwerkern, Meistern, Gesellen und Lehrlingen gilt heute mein Gedanken. Es ist mein Wunsch und Wille, daß das deutsche Handwerk, vertourtelt in ehrwürdiger Überlieferung, im Schutz von Volk und Staat, einer neuen Blüte entgegengehe. Die Wahl der alten Kulturstadt am Main mit ihrer großen, ruhmvollen Handwerkertradition als Stadt Ihrer Tagung ist ein besonders glückliches Symbol dieses Aufstieges. An ihm in zäher Energie und unerschütterlichem Glauben an ein ewiges Deutschland mitzuarbeiten, um dem deutschen Handwerk die seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Stellung im In- und Ausland zu erringen, ist Aufgabe jedes einzelnen von Ihnen. Meiner Unterstützung hierbei können Sie gewiß sein.“

wetter die Bestimmung vom 1. Juni 1933, wonach Ausgaben für Erwerbbeschaffung gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals von der Einkommensteuer abgesetzt werden konnten. Dadurch wurde wiederum den einschlägigen Industrien ein reicher Auftragszugang gesichert, aus dem dem Staat später entsprechende Mehreinkünfte zufließen. In derselben Richtung lagen die Bestimmungen über Steuererleichterungen für das Baugewerbe und sein Hilfs-gewerbe vom Juli 1933. Die Tatsache, daß trotz weitgehender Steuererleichterungen im Rechnungsjahr 1934 1,16 Milliarden Reichsmark mehr an Steuern und Abgaben aufkommen sind als 1933, rechtfertigt die kühne nationalsozialistische Steuerpolitik aufs glänzendste.